

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/018(VI)/16			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 23.09.2016	Hasselbachsaal	15:00Uhr	16:00Uhr

Leitung: Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper
Teilnehmer: siehe Anwesenheit

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 12. 08. 2016 - öffentlicher Teil T0056/16
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Beschlussvorlagen
- 5.1 Haushaltsplan 2017 DS0341/16
- Stellenplan 2017
BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung
- 5.2 Public Corporate Governance Kodex DS0340/16
BE: Bürgermeister

6	Anträge	
6.1	Webseite Tunnelbaustelle Fraktion CDU/FDP/BfM SR'in Schumann	A0060/16
6.1.1	Webseite Tunnelbaustelle BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	S0173/16
6.2	Neujustierung der Nutzungs- und Überlassungsverträge für die soziokulturellen Zentren Kulturausschuss	A0056/16
6.2.1	Neujustierung der Nutzungs- und Überlassungsverträge für die soziokulturellen Zentren SPD-Stadtratsfraktion	A0056/16/1
6.2.2	Neujustierung der Nutzungs- und Überlassungsverträge für die soziokulturellen Zentren BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport	S0191/16
6.3	Mandatos-E-Mail-System für Mitglieder des Jugendhilfeausschusses sowie alle sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner Fraktion DIE LINKE SR Jannack	A0084/16
6.3.1	Mandatos-E-Mail-System für Mitglieder des Jugendhilfeausschusses sowie alle sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner BE: Oberbürgermeister	S0201/16
7	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Frank Schuster

Hans-Jörg Schuster

Reinhard Stern

Andreas Schumann

Dr. Falko Grube

Jens Hitzeroth

Jens Rösler

Oliver Müller

Karsten Köpp

Olaf Meister

Roland Zander

Geschäftsführung

Andrea Behne

Verwaltung

Dr. Anne Ignatuschtschenko

i.V.f. SR Schwenke

Vertreter

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Wigbert Schwenke

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 12. 08. 2016 - öffentlicher Teil Vorlage: T0056/16

Die Niederschrift vom 12. 08. 2016 – öffentlicher Teil – wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bei 3 Enthaltungen genehmigt.

4. Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt waren keine Bürger anwesend.

5. Beschlussvorlagen

5.1. Haushaltsplan 2017 - Stellenplan 2017 Vorlage: DS0341/16

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Beigeordnete für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herr Platz und die Leiterin des Fachbereiches 01 Frau Mittendorf teil.

Den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses liegen ergänzende Unterlagen zum Stellenplan (Organigramm, Veränderungsliste (Vergleich 2016 zum Entwurf 2017), Zusammenstellung der Stellenanzahl im doppelischen Haushalt) vor.

Anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage zur Niederschrift) macht der Beigeordnete Herr Platz erläuternde Ausführungen zum Stellenplan.

Eingehend auf die **Personalstellenentwicklung seit 2002** macht er insbesondere zum Stellenaufwuchs im Zeitraum von 2015 zu 2016 darauf aufmerksam, dass sich dieser größtenteils in flüchtlingsindizierten Stellen begründet. Diese Stellen sind zunächst auf zwei Jahre befristet und werden danach nicht mehr existieren. Dies sei jedoch von der weiteren Entwicklung der Flüchtlingssituation abhängig. Im Weiteren macht er Ausführungen zu den

Gründen für den Stellenaufwuchs und verweist darauf, dass sich Netto ein Zuwachs von 9,35 Stellen in verschiedenen Fachbereichen ergibt.

Im Weiteren informiert er zur aktuellen Verteilung der flüchtlingsinduzierten Stellen und legt dar, dass das Gros der Stellen auf die Ämter 50, 51 und 53 entfällt. Ebenso wurden derartige Stellen im Fachbereich 32 (Ausländerbehörde) eingerichtet und es besteht noch eine Stellenreserve Asyl. Der Beigeordnete Herr Platz führt zum Stand der **Besetzung eingerichteter Asylstellen** aus, dass von den 200 geschaffenen Stellen zur Bewältigung der Zuwanderungsaufgaben noch 104 Stellen unbesetzt sind. Er verweist darauf, dass die 200 Stellen in den Haushalt 2017 übernommen wurden und z.Z. keine weiteren Stellenbesetzungsverfahren laufen. Insbesondere merkt er eingehend auf die **Entwicklung der Ausländerzahlen im Hinblick auf den Stellenplan** an, dass die für die Ausländerbehörde vorgesehenen Stellen im Zusammenhang mit der Gesetzesänderung bzgl. der Zuweisung von Bleibeberechtigten auf jeden Fall benötigt werden und die Stellenanzahl im Amt 50 von den Fallzahlen abhängt. Er schätzt ein, dass die Anzahl der Zuweisungen auf einem vergleichsweise zum Jahr 2015 hohen Niveau bleibt.

Zur **Übersicht der unbesetzten Stellen und Stellen im Besetzungsverfahren** führt er aus, dass diese Übersicht stichtagsbezogen zu betrachten ist und hier die flüchtlingsinduzierten Stellen eingeschlossen sind. Mit Hinweis auf die im Fachbereich 01 durchgeführten Ausschreibungs- und Auswahlverfahren informiert Herr Platz, dass sich eine Anzahl von Verfahren in einer „Warteschleife“ befindet. Als Ursache benennt er dabei interne Fluktuation bzw. die Verschiebung von Verfahren, da Auswahlverfahren rechtssicher gemacht werden müssen.

Im Weiteren informiert der Beigeordnete Herr Platz, dass eine steigende Anzahl von Stellen zu verzeichnen ist, für deren erfolgreiche Besetzung mehrfach eine Stellenausschreibung erfolgen muss. Damit verbundenen ist ein hoher Arbeitsaufwand im Fachbereich 01.

Herr Platz merkt an, die Festlegungen getroffen zu haben, dass externe Stellenausschreibungen nur noch über Interamt erfolgen und die Organisation von Vertretungen im Krankheitsfall derzeit keine hohe Priorität hat. Die Konzentration liegt auf den Stellenbesetzungsverfahren. Damit verbinde er die Hoffnung, dass die Besetzungsverfahren zügig abgeschlossen werden können.

Der Beigeordnete Herr Platz macht weiterhin erläuternde Ausführungen zur **Personalkostenentwicklung seit 2000**. Insbesondere verweist er darauf, dass sich der **Personalkostenanteil an den Gesamtaufwendungen seit 2010** auf einem gleichbleibenden Niveau im Plan bewegt. Er legt seine Einschätzung dar, dass sich die Verwaltung hinsichtlich der Personalfragen auf einem guten Weg befindet und nicht zu viel Kosten für Personal zu verzeichnen ist.

Zur Darstellung der **Personalkostenbedarfsplanung** gibt der Beigeordnete Herr Platz den Hinweis, dass in der Anzahl der permanent nicht besetzten Stellen auch die 104 unbesetzten flüchtlingsinduzierten Stellen enthalten sind. Er merkt an, gute Chancen zu sehen, dass der Konsolidierungsbeitrag erbracht werden kann.

Abschließend benennt er als Risiken in der Bedarfsplanung eine Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenzen in der Sozialversicherung, zu der der entsprechende Gesetzesentwurf bereits vorliegt, welche einem Mehrbedarf von 200 TEUR entspricht. Eingehend auf die derzeit im Landtag vorbereitete Gesetzgebung zur Erhöhung der Beamtenbesoldung legt er dar, dass diese Erhöhung ebenfalls zu einem Mehrbedarf von ca. 200 TEUR führt.

In der sich anschließenden Diskussion bezeichnet Stadtrat Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, den Umfang der benannten Risiken im Vergleich der letzten Jahre als marginal. Seine Nachfrage, ob die Kosten für die noch unbesetzten 104 flüchtlingsinduzierten Stellen in den für 2017 geplanten 152 Mio Euro Personalkosten enthalten sind, wird seitens des Beigeordneten Herrn Platz bejaht.

Stadtrat Stern nimmt Bezug auf ausgewiesene Stelleneinstufungen und hinterfragt unter Benennung von Stellen z.B. im Bereich BOB und im Dezernat V, ob es sich hierbei um Hochstufungen außerhalb der tariflichen Regelungen handelt und sich hier ein Trend abzeichnet.

Der Beigeordnete Herr Platz verweist darauf, dass in der Verwaltung die Personalentwicklung weiter vorangebracht werden soll. Dabei soll bei einer besonders guten Entwicklung auch mehr Verantwortung übertragen werden. Er macht darauf aufmerksam, dass bei der Übertragung einer höherwertigen Aufgabe ein tariflicher Anspruch zur Eingruppierung besteht.

Die Leiterin des Fachbereiches 01 stellt klar, dass es sich hier um Eingruppierungen handelt und dieser Effekt auf Grund der Verflachung von Hierarchien bzw. durch Wegfall von Stellen zu verzeichnen ist. Sie legt dar, dass sich der Charakter bestimmter Aufgabenbereiche mit der Zeit gewandelt habe und dies zu einer Höhergruppierung führt. Insbesondere merkt sie an, dass es hierzu jährlich 80 bis 100 Verfahren gibt, wovon ca. 30 bis 40 Verfahren tatsächlich höher gruppiert werden.

Der Oberbürgermeister ergänzt, dass, wenn neue Aufgaben einer Stelle zugeordnet werden, eine Neubewertung vorgenommen wird und dann eine höhere Bewertung erfolgt. Wenn die Aufgaben jedoch gleich bleiben, erfolgt keine Höhergruppierung.

Die Nachfrage des Stadtrates Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, ob der Stellenplan bis auf 178 Reservestellen voll finanziert ist, wird seitens des Beigeordneten Herrn Platz bestätigt.

Stadtrat Meister nimmt Bezug auf die Stellenanzahl im Bereich des Oberbürgermeisters und stellt fest, dass sich gegenüber dem Jahr 2016 hier eine deutliche Veränderung ergeben hat. Er wirft die Frage auf, woher die Stellen für z.B. die Bildungskordinatoren, den zusätzlichen Teamleiter und den persönlichen Referenten genommen wurden.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass es sich bei den zwei Stellen für die Bildungskordinatoren um auf zwei Jahre befristete und vom Bund voll finanzierte Stellen handelt und diese aus den unbesetzten 104 flüchtlingsinduzierten Stellen genommen werden. Neu sei lediglich die Stelle des persönlichen Referenten.

Die Teamleiterin 3 im BOB ergänzt, dass der Bereich Wissenschaft im BOB unter Leitung von Herrn Dr. Puchta dem Oberbürgermeister direkt zugeordnet wurde, sodass es sich hier um keine zusätzlichen Stellen handelt.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, wirft die Frage zur Personalbörse auf, ob hier derzeit Personal enthalten sei. Zur Thematik Überlastungsanzeigen hinterfragt er mögliche Probleme und ob derzeit Klageverfahren (z.B. durch Personal der Feuerwehr) laufen.

Der Beigeordnete I führt aus, dass aktuell Klagen im Kontext mit Belastungsanzeigen nicht bekannt sind. Er legt dar, hinsichtlich der Anzeigen aktuelles Zahlenmaterial nachreichen zu können. Nach seiner Wahrnehmung liegt hier jedoch kein signifikanter Zuwachs vor.

Zur Frage Personalbörse informiert die Leiterin des Fachbereiches 01, dass diese im Rahmen des Konsolidierungsprozesses als Auffangstelle für durch betriebsbedingte Kündigungen freigewordenes Personal eingerichtet wurde. In dieser Funktion ist sie jedoch nicht mehr im Einsatz. Die Personalbörse diene nunmehr zur Unterbringung von Mitarbeitern, bei denen es gesundheitliche Probleme gibt. Insbesondere merkt sie an, dass auf dieses Personal nur zurückgegriffen wird, wenn in bestimmten Bereichen durch Personalausfälle die Aufgabenerfüllung gefährdet ist. Insgesamt handelt es sich befristet um 15 bis 20 Mitarbeiter. Für einen regulären Einsatz der Mitarbeiter werde intensiv das betriebliche Wiedereingliederungsmanagement betrieben.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, geht auf die Auswirkung der Altersteilzeitregelung ein, dass für Mitarbeiter, die aus der Freizeitphase herausfallen, die Stellen neu besetzt werden, sodass ein Stellenaufwuchs abgedeckt werden kann. Dies sei eine positive Auswirkung, da somit mehr junges Personal besetzt werden kann.

Der Oberbürgermeister verweist einschränkend auf die bisherige Verfahrensweise, dass ATZ-Stellen nicht wieder besetzt wurden. Er legt dar, dass im Stellenplan noch 130 derartige Stellen enthalten sind, die finanziert werden, da hier noch aktive Tätigkeiten erbracht werden.

Auf seine Nachfrage hinsichtlich der unter personalwirtschaftliche Maßnahmen geführten 126 Stellen, informiert die Leiterin des Fachbereiches 01, dass es sich dabei um die Stellen handelt, deren Inhaber sich in der Ruhephase befinden.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, wirft die Frage zum Krankenstand in der Verwaltung auf und hinterfragt, welche Maßnahmen zur Senkung ergriffen werden.

Der Beigeordnete Herr Platz führt aus, dass sich der Krankenstand bei 7 bis 8 % bewegt und aus Sicht der Verwaltung als zu hoch eingeschätzt wird. Dabei ist kein Unterschied zwischen Beamten und Angestellten zu verzeichnen. Als Maßnahmen der Verwaltung benennt er die Einrichtung des Gesundheitsmanagements, in dessen Rahmen zur körperlichen Betätigung Kurse angeboten und Events durchgeführt werden.

Insbesondere merkt er an, dass es einige Bereiche gibt, die mit Sorge betrachtet werden, da sich hier psychische Erkrankungen häufen. Er merkt an, dass derzeit für den Oberbürgermeister vorbereitet wird, wie zu dieser Problematik vorgegangen werden kann.

Im Ergebnis der geführten Diskussion stellt der Oberbürgermeister den Stellenplan zur Abstimmung:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 5 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 7 Enthaltungen dem Stadtrat, den Stellenplan in seiner Sitzung am 12. 12. 2016 zu beschließen.

5.2. Public Corporate Governance Kodex Vorlage: DS0340/16

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Bürgermeister Herr Zimmermann teil.

In seinen erläuternden Ausführungen informiert der Bürgermeister Herr Zimmermann, dass auf der Grundlage des Kommunalverfassungsgesetzes (KVG) LSA redaktionelle Anpassungen des Public Corporate Governance Kodex vorgenommen wurden.

Bezug nehmend auf Punkt 6 – Recht auf Einsichtnahme und Prüfung – hinterfragt Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Gründe für den Wegfall der Regelung hinsichtlich der Einräumung von Befugnissen für die für die Landeshauptstadt zuständigen Prüfungseinrichtungen (Abs. 2 letzter Satz).

Der Bürgermeister stellt hierzu klar, dass dieser Punkt mit der Regelung des § 140 Abs. 2 KVG LSA abgedeckt sei. Der Punkt bezieht sich auf das Haushaltsgrundsätzegesetz. Der Bürgermeister sagt zu, eine entsprechende Prüfung vorzunehmen und über das Ergebnis zu informieren.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, äußert sich erfreut, dass eine Anpassung des Kodex vorgenommen wird.

Er nimmt Bezug auf den Punkt 2.3.5. – Innere Ordnung – hinsichtlich der Wahl der/des Vorsitzenden bzw. Stellvertreters des Aufsichtsrates und verweist auf einen Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Gesellschaftsvertrag der Magdeburger Hafen GmbH. Mit diesem Änderungsantrag wurde im Stadtrat beschlossen, dass bei Ausscheiden der/des Aufsichtsratsvorsitzenden eine Ersatzwahl für den Vorsitzenden **oder** dessen Stellvertreter durchgeführt wird. Stadtrat Müller vertritt die Auffassung, dass es sich wohl um einen Wiederholungsfehler handelt, dass hinsichtlich der Wahl des Stellvertreters die Formulierung „und“ gewählt wurde.

Der Bürgermeister stellt zunächst klar, dass Einbringer des benannten Änderungsantrages nicht der Oberbürgermeister sondern der Verwaltungsausschuss war. Bei der Beibehaltung der Formulierung „und“ handele es sich nicht um einen Fehler, sondern die Formulierung wurde absichtlich gewählt. Herr Zimmermann verweist darauf, dass diese Formulierung in allen Gesellschafterverträgen enthalten sei, mit Ausnahme der Hafen GmbH. Er legt seine Auffassung dar, dass sich somit auch der/die StellvertreterIn zur Wahl stellen kann. Insbesondere merkt er an, dass seitens der MVB GmbH eine diesbezügliche Regelung in ihrer Geschäftsordnung vorgenommen wurde.

Der Oberbürgermeister gibt den Hinweis auf den Stadtratsbeschluss, dass, wenn der Aufsichtsratsvorsitzende neu gewählt wird, auch der Vertreter mit gewählt wird.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, bringt sein Unverständnis darüber zum Ausdruck, dass auch der Stellvertreter zurücktreten muss, wenn eine Neuwahl des Vorsitzenden ansteht. Er führt aus, dass der Kodex auf Ansinnen der Verwaltung in den Stadtrat eingebracht wurde, um den Grundsatz einer fairen Gesellschaftsführung zu verschriftlichen und damit eine Vereinheitlichung für alle städtischen Gesellschaften zu erlangen. Ihm sei es unverständlich, wie es sein kann, dass für Aufsichtsräte manchmal etwas anderes gilt, so z.B., dass in der WOBAU GmbH das Votum des Aufsichtsratsvorsitzenden doppelt zählt.

Mit Hinweis auf die in dem Aufsichtsrat entsandten Stadträtinnen und Stadträte legt der Bürgermeister seine Auffassung dar, dass Mehrheiten gesucht werden können, um entsprechende Änderungen herbeizuführen. Der Aufsichtsrat habe so beschlossen. Er merkt an, dass dies möglich ist, wenn nicht gegen geltendes Recht verstoßen wird.

Für den Oberbürgermeister stellt sich die Frage, ob der Kodex entsprechende Entscheidungen vorschreiben kann, oder ob es möglich ist, dies abzuwenden.

Hierzu stellt der Bürgermeister klar, dass zunächst die Regelungen des GmbH-Gesetzes und des Aktiengesetzes gelten. Der Kodex sei eine Selbstverpflichtung des Stadtrates zur Gleichbehandlung.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, nimmt Bezug auf die Begründung der Drucksache und verweist auf die hier getroffene Aussage, dass nach Beschlussfassung des Stadtrat angedacht ist, die Gesellschaftsverträge dem überarbeiteten Kodex und der aktuellen Rechtslage anzupassen. Er wirft die Frage auf, ob es bei der Anpassung Freiheiten gibt.

Der Oberbürgermeister stellt klar, dass die Gesellschaften letztendlich bei ihren Entscheidungen frei sind. Über Mehrheiten der Stadträtinnen und Stadträte in den Aufsichtsratsgremien besteht die Möglichkeit, hier Einfluss zu nehmen.

Die Frage des Stadtrates Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, ob die Regelung auch so gedacht sei, dass bei Ausscheiden des Stellvertreters auch der Aufsichtsratsvorsitzende neu gewählt wird, wird mit Hinweis auf die Beschlussfassung des Stadtrates durch den Bürgermeister bejaht.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, sieht den Kodex auch als eine Richtlinie an. Für ihn stellt sich die Frage, ob die Regelungen auch für die Verwaltung der Gesellschaften gelten, z.B. hinsichtlich des Alters von Geschäftsführern.

Zum Hinweis des Oberbürgermeisters, dass es immer Ausnahmen geben kann, ergänzt der Bürgermeister den Hinweis, dass diese nur mit Zustimmung des Stadtrates erfolgen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 9 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung dem Stadtrat, die DS0340/16 in seiner Sitzung am 20. 10. 2016 zu beschließen.

6. Anträge

6.1. Webseite Tunnelbaustelle Vorlage: A0060/16

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann teil.

Stadtrat Hans-Jörg Schuster, Fraktion CDU/FDP/BfM, informiert über die Bitte der Stadträtin Schumann, Fraktion CDU/FDP/BfM, den Antrag für sie einzubringen. Erläuternd zum Antrag legt er dar, mit diesem bereits erreicht zu haben, dass auf der Startseite der Landeshauptstadt Magdeburg eine Rubrik zur Tunnelbaustelle einrichtet wurde. Kritisch merkt er an, dass diese jedoch schwer erreichbar sei. Stadtrat Schuster unterbreitet den Vorschlag, eine Domain „Tunnel-Magdeburg.de“ (welche noch verfügbar sei) einzurichten und Informationen zur Verfügung zu stellen. Er legt seine Auffassung dar, dass diese Informationen im Zusammenhang mit der Anbringung eines QR-Codes im Bereich der Tunnelbaustelle eine gute Werbung für die Stadt Magdeburg sei und schätzt ein, dass die hierfür erforderlichen Kosten nicht sehr hoch sein dürften. Als Möglichkeit sieht er auch an, hiermit eine entsprechende Werbung zu verknüpfen. Stadtrat Hans-Jörg Schuster spricht sich dafür aus, nicht der Stellungnahme der Verwaltung zu folgen.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, informiert zum Vorschlag der Einrichtung einer Domain, dass sich die Kosten hierfür auf 12 Euro pro Jahr belaufen und schlägt vor, die bereits vorhandenen Informationen mit dieser Domain zu verbinden.

Der Oberbürgermeister gibt den Hinweis auf die bereits vorhandene Stadtseite und sieht es nicht als sinnvoll an, zu dieser Thematik verschiedene Seiten anzulegen.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, unterstützt die Auffassung des Oberbürgermeisters. Er merkt an, dass bei einer entsprechenden Google-Anfrage als erster Eintrag eine Seite zu Stadtfeld erscheint. Es sollte die Frage geklärt werden, wie im Ranking der Suchbegriff Tunnel nach oben gesetzt werden kann. Dazu könnten Überlegungen angestellt werden, ob es sinnvoll sei, hierfür finanzielle Mittel einzusetzen oder besser eine extra Homepage einzurichten. Stadtrat Rösler äußert, sich bei der Abstimmung zu enthalten.

Die Stadträte Schumann, Fraktion CDU/FDP/BfM, und Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bestätigen, dass man unter dem Suchbegriff „Tunnel“ bei Google sofort die Startseite der Landeshauptstadt Magdeburg erreichen kann. Stadtrat Meister sieht keine zwingende Notwendigkeit für die Einrichtung einer eigenen Internetseite und erklärt seine Enthaltung.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, vertritt die Auffassung, dass es im Sinne der Stadt Magdeburg sei, über mehrere Möglichkeiten der Informationsbereitstellung zu verfügen und spricht sich für eine Beschlussfassung zum Antrag aus.

Der Oberbürgermeister legt abschließend dar, dass der finanzielle Aspekt nicht im Vordergrund steht. Nach seiner Auffassung könnten Verbesserungen vorgenommen werden, um ein schnelleres Auffinden der Startseite der Landeshauptstadt zu ermöglichen, die Einrichtung einer neuen Seite hält er jedoch für nicht erforderlich.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 6 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme bei 5 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0060/16 der Stadträtin Schumann, Fraktion CDU/FDP/BfM, in seiner Sitzung am 20. 10. 2016 zu beschließen.

6.1.1. Webseite Tunnelbaustelle Vorlage: S0173/16

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

6.2. Neujustierung der Nutzungs- und Überlassungsverträge für die soziokulturellen Zentren Vorlage: A0056/16

6.2.1. Neujustierung der Nutzungs- und Überlassungsverträge für die soziokulturellen Zentren Vorlage: A0056/16/1

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt die Leiterin des Fachbereiches Kunst und Kultur (FB41) Frau Schweidler teil.

In ihren Ausführungen zur Stellungnahme der Verwaltung verweist die Fachbereichsleiterin Frau Schweidler darauf, dass die Verwaltung dem Antrag folgt, indem derzeit die entsprechenden Maßnahmen erfolgen und im kommenden Jahr der erforderliche Stadtratsbeschluss vorgelegt wird. Insbesondere verweist sie jedoch darauf, dass bereits Mehrkosten erkennbar seien.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, zeigt sich in seiner Funktion als Vorsitzender des Kulturausschusses erfreut über die Aktivitäten der Verwaltung.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, macht in seiner Funktion als Vorsitzender des Finanz- und Grundstücksausschusses darauf aufmerksam, dass verschiedene Zentren über nicht unerhebliche Einnahmen verfügen, wie z.B. Feuerwache oder Moritzhof. Er wirft die Frage auf, wo diese Einnahmen gegengerechnet werden.

Die Nachfrage des Stadtrates Stern, ob eine Übersicht zur Einnahmensituation vorliegt, wird von Frau Schweidler bejaht. Sie verweist jedoch darauf, dass diese bisher nicht zur Disposition gestellt wurde und merkt an, dass die Einnahmen nicht die Kosten, wie z.B. Betriebskosten, abdecken. Hierfür müssen finanzielle Mittel aus Sachkosten genommen werden.

Frau Schweidler informiert weiterhin über Probleme hinsichtlich der Personalkosten, da mit den Personalüberleitungsverträgen die Gehälter eingefroren wurden. Sie sagt zu, die entsprechende Übersicht der Kostensituation im Finanz- und Grundstücksausschuss vorzulegen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 11 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 1 Enthaltung dem Stadtrat, den Änderungsantrag A0056/16/1 der SPD-Stadtratsfraktion in seiner Sitzung am 20. 10. 2016 zu beschließen.

Mit der Beschlussempfehlung zum Änderungsantrag A0056/16/1 hat sich eine Abstimmung zum Antrag A0056/16 des Kulturausschusses erübrigt.

6.2.2. Neujustierung der Nutzungs- und Überlassungsverträge für die
soziokulturellen Zentren
Vorlage: S0191/16

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

6.3. Mandatos-E-Mail-System für Mitglieder des
Jugendhilfeausschusses sowie alle sachkundigen
Einwohnerinnen und Einwohner
Vorlage: A0084/16

Die Teamleiterin 3 im BOB führt erläuternde zur Stellungnahme der Verwaltung aus, dass über das Anliegen des Antrages hinaus, in Erweiterung des Personenkreises, auch alle Mitglieder des Jugendhilfeausschusses einen Zugang zum Infosystem für sachkundige Einwohner erhalten sollen. Ihrem Vorschlag, mit der Einrichtung nicht erst bis zur Behandlung des Antrages im Stadtrat am 20. 10. 2016 zu warten, sondern die Maßnahme bereits nach einem eindeutigen Votum des Verwaltungsausschusses umzusetzen, wird seitens der Ausschussmitglieder nicht widersprochen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, den Antrag A0084/16 des Stadtrates Jannack, Fraktion DIE LINKE, in seiner Sitzung am 20. 10. 2016 zu beschließen.

6.3.1. Mandatos-E-Mail-System für Mitglieder des
Jugendhilfeausschusses sowie alle sachkundigen
Einwohnerinnen und Einwohner
Vorlage: S0201/16

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

7. Verschiedenes

7.1. Fraktionsassistenten

Stadtrat Zander, Fraktion Magdeburger Gartenpartei, informiert über Schwierigkeiten bei der Absicherung der Arbeitsfähigkeit seiner Fraktion, auf Grund der Erkrankung der Fraktionsgeschäftsführerin Frau Tybora. Eine Anfrage zur Schaffung einer zweiten Stelle wurde jedoch abgelehnt. Mit Hinweis auf das Gleichstellungsgesetz legt er dar, sich hierzu eine Rechtsberatung eingeholt zu haben. Stadtrat Zander legt dar, Rechtsmittel einzulegen und zu klagen, da sich seine Fraktion ungerecht behandelt fühlt.

Der Oberbürgermeister merkt an, die Information zur Kenntnis zu nehmen. Hinsichtlich der Fraktionsgeschäftsführerin gibt er den Hinweis, dass Frau Tybora im Rathaus öfter in Erscheinung treten sollte.

7.2. Terminplanung

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, verweist darauf, dass es hinsichtlich der Terminplanung von Sitzungen der Ausschüsse mehrfach zu Kollisionen mit Beratungsterminen von Aufsichtsratsgremien kommt. Er unterbreitet den Vorschlag, zur Vermeidung der Terminkollisionen mehr Obacht walten zu lassen.

Der Oberbürgermeister gibt den Hinweis, dass sein Vorschlag zur Einrichtung von sechs Fachausschüssen unter Leitung der jeweiligen Beigeordneten abgelehnt wurde. Die Gesellschaften und Eigenbetriebe wird der Hinweis auf die Beachtung der Harmonisierung der Gremiensitzungen gegeben. Dabei haben sich diese an den Terminen der Stadtratssitzungen zu orientieren.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Dr. Lutz Trümper
Vorsitzender

Andrea Behne
Schriftführerin